



**Newsletter von Diana Golze
zu
bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen**



Liebe Leserinnen und Leser,

vielleicht erhalten Sie meinen Newsletter heute zum ersten Mal, vielleicht kennen Sie aber auch schon die erste Ausgabe. Heute erreicht Sie die Nummer zwei. Ich hoffe, Sie finden (wieder) Interessantes und Wissenswertes aus meiner Arbeit im Deutschen Bundestag und im Wahlkreis. Da in diesen Wochen meine Familienplanung voranschreitet – ich erwarte im April mein zweites Kind – sind meine Aktivitäten etwas eingeschränkt. Dennoch ist auch seit der ersten Ausgabe des Newsletters viel passiert, über das es sich zu berichten lohnt.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen. Für Hinweise und Kritik, um meinen Newsletter noch besser gestalten zu können, bin ich sehr dankbar. Auch die Weitergabe des Newsletters ist ausdrücklich erwünscht. Bis zur nächsten Ausgabe verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ihre Diana Golze

Klar zur Wende in der Afghanistan-Politik!

Peter Struck (SPD) will weiterhin die deutschen Interessen am Hindukusch verteidigen. Am 16. März 2008 äußerte er dazu, SPD, Union, FDP und weite Teile der Grünen stünden mit der klaren Unterstützung des Afghanistan-Einsatzes zwar gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung. Er bleibe aber dabei, dass die Interessen Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt würden. Das werde die SPD auch offensiv im Wahlkampf sagen. „Ein Rückzug wäre eine schwere Niederlage nicht nur für die Völkergemeinschaft, sondern auch für Deutschlands Ansehen in der Welt.“

Kurs halten in Afghanistan ist weiterhin die Parole! Alles andere wäre Feigheit vor dem Feind. Langer Atem sei gefragt. Durchhalten und nicht nachdenken; vor allem nicht über Alternativen zur deutschen Afghanistan-Politik. Wer jetzt über den Abzug der Bundeswehr aus dem Hindukusch laut nachdenkt, der lasse sich von der Propaganda der Taliban einlullen, der betreibe das Geschäft der „mordenden Islamisten“.

Wir sind für ein „Raus mit der Bundeswehr aus Afghanistan“. Unsere Position ist nicht: Nach uns die Sinnflut. Aber der Abzug der Soldaten muss eingeleitet werden und wir mit dieser Auffassung sind nicht mehr alleine. Es rumort im politischen Berlin. Ein Durchwinken der Beschlüsse über Auslandseinsätze, speziell in Afghanistan, wird es nicht mehr geben. Die wachsende Zahl von Toten, auch deutschen, beim „militärischen Engagement“ führen zu Diskussionen. Fragen werden gestellt, Zweifel formuliert. Und auch recht widersprüchliche Antworten werden geboten: von der eher taktisch begründeten Bündelung von Mandaten über die Forderung nach neuen Einsätzen, bis hin zum Stufenplan für einen Rückzug unserer Streitkräfte. Inwieweit die Idee, die gesamte afghanische Mohnernnte aufzukaufen, dazu gehört, so Dirk Niebel (FDP), ist Ansichtssache. Die nächsten Monate werden uns weitere Vorschläge bringen – jedoch auf eine Bevölkerung treffen, deren „freundliches Desinteresse“ für die Bundeswehr, sich allmählich in ein „wachses Interesse“ wandelt.

Dass die Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes für ein „Raus aus Afghanistan“ ist, wird von (einigen) Politikern noch ignoriert. Man könne „nicht der Stimmung der Bevölkerung folgen, sondern muss politische Verantwortung übernehmen“, meint Peter Struck. Ja, Herr Struck, Politik sollte Verantwortung übernehmen. Klar zur Wende in der Afghanistan-Politik! Die sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern nicht mehr militärische Mittel, sondern vielmehr politische Konzepte.

Zum **Entwurf eines Kinderförderungsgesetzes** zum Ausbau der Kinderbetreuung fordere ich einen sofortigen Stopp aller Versuche, die Kinder- und Jugendhilfe weiter zu privatisieren und dem Marktradikalismus zum Fraß vorzuwerfen. Mit diesem Gesetzentwurf leistet die Bundesregierung der Privatisierung der Kinder- und Jugendhilfe weiteren Vorschub. Wer das Prinzip der Gemeinnützigkeit in §74 SGB VIII schleift und damit privat-gewerbliche Träger mit frei-gemeinnützigen Trägern gleichstellt, fördert das Gewinn- und Konkurrenzprinzip in der Jugendhilfe.

„Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“

Hinweise und Tipps für Hartz IV-Betroffene



Diese **Handreichung** können Sie unter <http://www.diana-golze.de/fileadmin/golze/texte/TippsHartz4.pdf> herunterladen oder in meinen Wahlkreisbüros abholen.

Keine teure Umweltzerstörung an der Havel!

Der Bundesregierung sind keine bedrohten Pflanzen und Tiere bekannt, welche durch das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 17 (VDE 17) gefährdet werden. Anscheinend kennt der Bundesverkehrsminister weder Biber noch Fischotter, wenn er solche Behauptungen aufstellt, kommentiert **Dr. Kirsten Tackmann** die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Havel und Spree nachhaltig schützen und das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17 überprüfen“.

2,3 Milliarden Euro Steuergelder werden verschwendet, um die einzigartige Flusslandschaft zu zerstören, so **Diana Golze**. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen wirtschaftlich und verkehrspolitisch sinnlosen Ausbau aufzugeben. Aufwand und Umweltzerstörung stünden in keinem verantwortbaren Verhältnis zum prognostizierten Nutzen, so Golze. Wir brauchen keine Wasserautobahn, sondern Verlagerung des Transports auf die Schiene, fordert Tackmann. In der Antwort auf die Kleine Anfrage hatte die Bundesregierung die Wirkungen des VDE 17 auf den Wasserhaushalt und die betroffenen Tiere und Pflanzen heruntergespielt. Wie viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten vom Ausbau betroffen seien, konnte sie nicht beantworten. Konkrete Auswirkungen auf den Wasserhaushalt oder die besonders wertvollen Röhrichbestände gibt es nicht. Die kritische Position des Berliner Senates ist in der Antwort nicht erwähnt, obwohl genau danach gefragt wurde. Die Antworten seien ausweichend und unvollständig, so Golze. Wir werden am Ball bleiben, das sind wir der einzigartigen Brandenburger Flusslandschaft schuldig, stellen beide in Aussicht.

Antwort der Bundesregierung finden Sie unter:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7748994028.pdf>

BUND
BRANDENBURG
DIE LINKE

Stopp Havelausbau!

Flussretter zeigen Flagge.



Vom Glauben abgefallen?

„Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes“, so Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank. Ausgerechnet er traut den heilenden Kräften der öffentlichen Hand mehr zu als den Kräften des Marktes. In der Not muss der Staat helfen, wo sonst die „unsichtbare Hand des Marktes“ agiert und er nichts verloren hat.

Die erneute Debatte um die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft steht am Anfang. Am Ende könnte, wie einst nach der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren, die Abkehr vom Laissez-faire-Kapitalismus hin zur sozialen Marktwirtschaft stehen. Hin zu einem Staat, der wieder stärker steuert.

Dabei gehört zu den dringlichsten Aufgaben einer verantwortungsvollen Politik, rechtliche und fiskalische Instrumente zu entwickeln, um der fortgesetzten Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Abwälzung der Risiken, Verluste und Lasten auf Staat und Gesellschaft den Riegel vorzuschieben.

Von wegen alternativlos!

Vor wenigen Tagen jährte sich zum fünften Mal der Tag, an dem der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) in einer Rede die Agenda 2010 ankündigte. Aus diesem Anlass äußerte sich SPD-Vizechef Frank-Walter Steinmeier und bezeichnete die Agenda-Politik als „alternativlos“. Offensichtlich hat der SPD-Politiker, der sich bekanntlich um das Direktmandat im hiesigen Wahlkreis 60 bewerben möchte, die Vorschläge der LINKEN und die Forderungen von einer Bevölkerungsmehrheit nach sozialer Gerechtigkeit und Existenz sichernder Beschäftigung nicht zur Kenntnis genommen.

Die Agenda 2010 hat die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft. Während die Manager- und Aktionärseinkommen im zweistelligen Bereich wachsen, ist das Gros der arbeitenden Menschen mit Realeinkommensverlusten konfrontiert. In einer jüngst veröffentlichten Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung wurde dargestellt, dass der reale Nettolohn pro Arbeitnehmer von 2004 bis 2007 trotz Wirtschaftswachstum inflationsbedingt um 3,5 Prozent gesunken ist. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung konstatierte für den gleichen Zeitraum ein Schrumpfen der Mittelschicht. Ebenfalls hat die Agenda 2010 die Zweiklassenmedizin im Gesundheitswesen verfestigt und die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Familien von Normal- und Geringverdienern verschlechtert.

Und dazu gibt es keine Alternativen? Die LINKE hat die Alternativen:

Gesetzlicher Mindestlohn statt Dumping- und Armutslöhne; Öffentlich geförderte Beschäftigung mit Existenz sichernder Entlohnung statt Ein-Euro-Jobs und Billigbürgerarbeit; Rücknahme der Rente mit 67 statt der faktischen Rentenkürzung durch Erhöhung des Rentenalters; Kostenfreier Zugang zu Bildung statt Studiengebühren; Bürgerversicherung mit einkommensabhängigen Beiträgen statt einer Gesundheitsreform, die durch Leistungsabbau und Kostensteigerung die Zweiklassenmedizin besiegelt.

Von wegen Herr Steinmeier, die Agenda-2010-Politik ist nicht alternativlos!

Sie ist vielmehr ungerecht und unsozial!

DIE LINKE.
Politik - Leistung - Veränderung

UNSERE HEIMAT...
Für ein zukunftsfähiges
und solidarisches
Brandenburg der Regionen

Potsdam, 09.11.2007

Gegen Sozialabbau!

Rund 400 Menschen kamen am 29.03.2008 zur 3. Gemeinsamen Demonstration der „Sozialen Bewegung Land Brandenburg“ und zum 7. Potsdamer Ostermarsch nach Potsdam. Sie machten klar, dass es mit Lohndumping und Armut nicht weitergehen kann. Sie forderten existenzsichernde Löhne, mehr Geld für Erwerbslose, „Weg mit Hartz IV“ und den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Die Initiatoren wenden sich in ihrem Aufruf gegen Stigmatisierung von Arbeitslosen, zunehmende Kinderarmut sowie die Tariffucht von Unternehmen und die Aushöhlung der Mitbestimmung.

Man trennte sich mit dem Versprechen, sich weiter gegen Sozialabbau zu engagieren.



„Aus dem Sozialpaket-Streit zwischen den brandenburgischen Regierungsparteien SPD und CDU scheint die Linkspartei als Sieger hervorzugehen“, schrieben die Potsdamer Neuesten Nachrichten am Tag vor der Koalitionseinigung über das „Sozialpäckchen“. Aber hier irrte der Autor: Wäre die LINKE tatsächlich die Siegerin gewesen – es hätte tatsächlich ein Paket gegeben. Denn wir wollen Hilfen, die es allen bedürftigen Kindern im Land ermöglichen, an Klassenfahrten teilzunehmen – und nicht nur denen, die zuerst die Unterstützung beantragen. Wir wollen kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kitas. Wir wollen wohnortnahe Schulen nicht nur in Ausnahmefällen. Wir wollen eine garantierte kostenlose Schülerbeförderung in den ländlichen Regionen – kein Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Land und Landkreisen. Hätten wir mit am Tisch gesessen – die SPD hätte sich nach vorn, nicht nach hinten bewegen müssen.

Natürlich: Wir hätten gern ein landesweites Sozialticket für alle Bedürftigen gehabt, so wie es die Sozialdemokraten bei ihrer Sozialklausur angekündigt hatten. Aber: Selbst die Union, die sich vor der Koalitionsrunde mit ihrer „Wulkower Erklärung“ ins sozialpolitische Abseits gestellt hatte, wagte es nicht, hinter die Forderungen der von der Linken unterstützten Volksinitiative zurück zu gehen. Sie wagte es nicht, hinter die Auffassung von 76% der Brandenburgerinnen und Brandenburger zurück zu gehen. Sie wagte es nicht, sich mit weniger als dem einer Debatte im Parlament zu stellen, in der die demokratische LINKE Opposition für diese 76% gesprochen hätte.

In der Tat: Links wirkt. Es hat sich etwas verändert in Deutschland – auch in Brandenburg. Das soziale Original setzt die Maßstäbe. Und es wird noch mehr verändern. Denn: Es geht nicht nur um Schulwege und Schulessen – es geht darum, dass man in Brandenburg beim Blick auf Schul-Abschlusszeugnisse das gute Gefühl haben kann, die jungen Menschen seien auch wirklich gut auf das Leben vorbereitet. Es geht darum, dass man von Arbeit leben kann und dass sich Mehrheiten dafür finden – und nicht welche bestehen bleiben, die das Anliegen blockieren. Dass aus der Absicht die Tat wird – hier im Land, durch eine Vergabep Praxis, die Lohndumping nicht ankurbelt, sondern unterbindet.

Ich bin sicher: Auch dies und anderes wird durchzusetzen sein. Es gibt eine Mehrheit für ein solidarisches Brandenburg. Dass sie zum Tragen kommt – dafür braucht es demokratisches Engagement und eine engagierte LINKE. **Beides zusammen ist LINKS – original sozial.**

DIE LINKE wirkt!

Bundessozialgericht bestätigt Kritik an Hartz IV-Regelsatz für Kinder

Ich begrüße die Entscheidung des Bundessozialgerichts, sich noch dieses Jahr mit dem Hartz IV-Regelsatz für Kinder zu befassen. Eine schnelle Entscheidung muss her! Mehr als 2,5 Millionen Kinder, die von Hartz IV leben und bei 208 Euro im Monat keine ausreichenden Mittel für Ernährung, Kleidung und Bildung haben, können nicht länger warten. Bei der Festlegung des Regelsatzes wurden die speziellen Bedürfnisse von Kindern nicht analysiert. Das bestätigt nun auch der Vorsitzende Richter am Bundessozialgericht, Peter Udsching. DIE LINKE teilt die Bedenken, ob das Verfahren der pauschal reduzierten Erwachsenensätze haltbar ist. Kinder unter 14 Jahren erhalten danach 60 Prozent der Unterstützung, die einem alleinstehenden Erwachsenen zustehen.

Man kann Peter Udsching ebenfalls nur zustimmen, wenn er es für höchst umstritten hält, ob die Entwicklung der Renten ein sachgerechtes Kriterium sein kann für die Kostenentwicklung bei den elementaren Lebensbedürfnissen. Nicht nur Juristen kritisieren seit Jahren, dass die Hartz IV-Sätze nicht entsprechend der Inflationsrate steigen. Sie sind stattdessen an die Entwicklung der Renten gekoppelt, was trotz gestiegener Preise wiederholt zu Nullrunden führte. Deshalb brauchen wir eine bedarfsorientierte Grundsicherung für Kinder, die zumindest deren Existenzminimum von 420 Euro absichert. Eine deutliche Anhebung des Kinder-Regelsatzes, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags wären hierzu ein erster Schritt.

Mehr über mich und meine Arbeit finden Sie unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!

| Impressum | +++ Termine +++ |
|--|---|
| <p>Diana Golze (MdB) Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin</p> <p>Fon: 030 – 227 72 329 Fax: 030 – 227 76 329 E-Mail: diana.golze@bundestag.de</p> <p>Wahlkreisbüro Märkischer Platz 2 14 712 Rathenow Fon : 0 33 85 / 49 45 21 Fax : 0 33 85 / 49 45 22</p> <p>Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter http://www.diana-golze.de/kontakt/</p> | <ul style="list-style-type: none">05. April 2008 – Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Brandenburg an der Havel, ab 09:00 Uhr, "Rolandsaal", Altstädtisches Rathaus, Altstädtischer Markt 10, Brandenburg an der Havel07. April 2008 – Gesamtmitgliederversammlung Rathenow, MdB Wolfgang Gehrcke informiert über die außenpolitischen Leitlinien der Linksfraktion, Beginn: 17:00 Uhr im Bürgerbüro Rathenow25./26. April 2008 – Ostdeutschland-Konferenz in Dresden http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=163877168626. April 2008 – 2. Kreisparteitag der LINKEN PM, Teltow, Beginn: 10:00 Uhr01. Mai 2008 – kommunalpolitischer Frühschoppen, Bürgerbüro der Rathenow, 10:30-12:3001. Mai 2008 – 18. Familienfest DIE LINKE Teltow-Fläming, Boulevard Luckenwalde, Eröffnung um 14:00 Uhr |
| | +++ Spruch des Monats +++ |
| | <p>Steinmeiers Vision einer neuerlichen Vollbeschäftigung könnte sich am Ende durchaus als realistische Drohung entpuppen: In Zukunft werden wir voll beschäftigt sein – und dabei immer ärmer. Die Zeit, 18.02.2008</p> |